

Anwohner wehren sich auch gegen eine «kleine» Deponie



Die frühere Grüninger Gemeindepräsidentin Susanna Jenny (beim Kreuz links) war schon an der ersten Walddemo 2018 dabei. Archivfoto: Tanja Bircher

Gossau/Grüningen Die Deponiepläne der ZAV Recycling AG im Tägernauer Holz rufen die Interessengemeinschaft DepoNie wieder auf den Plan. Diese kritisiert, dass auch eine kleinere Deponie den Wald zerstöre.

Christian Brändli

«Ist das Tägernauer Holz erst einmal ruiniert, erweitert sich die Deponie ganz ungeniert!» Für Susanna Jenny, die frühere Gemeindepräsidentin von Grüningen, ist klar, dass den Anfängen gewehrt werden muss. Deshalb mobilisiert sie nun als Wortführerin der Interessengemeinschaft (IG) DepoNie Tägernauerholz gegen die Pläne der ZAV Recycling. Die Hinwiler Firma hatte Ende Februar angekündigt, dass sie den Gestaltungsplan für eine 750 000 Kubikmeter grosse Schlackendeponie bald einreichen werde.

Das Bundesgericht hatte die Pläne des Kantons gestoppt, das Deponievolumen zu verdoppeln. Doch Jenny misstraut dem Kanton: «Unser Verdacht ist, dass die gewünschte erweiterte Deponie mit 1,5 Millionen Kubikmetern durch Salamatik doch noch realisiert werden soll.» Sie bezweifelt, dass eine Deponie in der jetzt geplanten Grösse überhaupt rentabel betrieben werden könnte.

«Waldfäller»-Baudirektor

Ihr geht es aber weniger um eine allfällige Vergrösserung der Deponie, sondern vielmehr darum, überhaupt eine solche Lagerstätte im Wald zuzulassen. «Wer ein ökologisches Gewissen hat, macht keinen gesunden Wald kaputt», meint Jenny. Und sie zeigt sich deshalb gerade auch enttäuscht von Zürichs Baudirektor Martin Neukom. Dass ein Grüner Hand bietet für «diese Walddeponie im Tägernauer Holz», ist für sie unverständlich. «Damit wird er zum Waldfäller von gesunden, wertvollen Bäumen im grossen Stil.»

Hier werde ein Projekt geplant, für das rund 70 000 Qua-



Das Tägernauer Holz (im Bild links hinten) liegt in Sichtweite des Städtchens Grüningen. Foto: Fabio Meier

dratmeter «gesunder Wald vernichtet» werden müsse, «die erste, reine Walddeponie im Kanton Zürich». Es brauche sehr lange, bis das besondere Mikroklima des Walds entstehe. «Waldboden entsteht nicht einfach mit Wiederaufforsten.» Deshalb hält sie auch nichts vom Argument einer höheren Biodiversität nach der Rekultivierung, das die ZAV Recycling vorgebracht hat.

Gemeinden sollen klagen

Etwas Hoffnung hat die IG DepoNie noch. So erteile der Bund nur dann eine Rodungsbewilligung, wenn eine Anlage zwingend auf diesen Standort im Wald angewiesen ist. «Gerade dieser Nachweis ist beim Standort Tägernauer Holz aber in keinster Weise erbracht», findet die ehemalige Lokalpolitikerin und Aktivistin. «Ein weiterer Gang ans Bundesgericht ist vorhersehbar und nötig», resümiert sie.

Jenny sieht dabei die beiden betroffenen Gemeinden Gossau

und Grüningen in der Pflicht, die Planung für die Deponie auf rechtlichem Weg weiter anzufechten. Der Interessengemeinschaft seien die Hände gebunden, da sie nicht als Direktbetroffene gelte und damit nicht einspracheberechtigt sei.

Die IG will sich auf die Mobilisierung der Politik und der Bevölkerung konzentrieren. Zurzeit seien noch keine grossen Walddemonstrationen geplant, wie sie schon in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführt wurden. Wenn der Gestaltungsplan aber eingereicht sei, wollten sie wieder aktiv werden.

Deponie auf Staatsboden

Jenny findet, dass der Kanton versuche, ein kantonales Problem – also die Entsorgung der Schlacken aus den Zürcher Kehrichtverbrennungsanlagen – dort zu lösen, wo er als Landbesitzer frei planen könne. So ist das Tägernauer Holz grösstenteils Staatswald. Der Kanton müsse

somit mit keinem Enteignungsverfahren rechnen. Sie stellt auch die Frage in den Raum, wann Abfall von irgendwoher zum Zürcher Abfall werde. Denn nur solcher darf auch in eine Zürcher Deponie.

Die Kezo Hinwil wie die ZAV Recycling AG hätten seit Langem Verträge mit den Kantonen Solothurn und Wallis. Beide verfügten aber über keine eigenen Schlackendeponien. Laut Jenny ist die Kapazität der Schlackenaufbereitung der ZAV Recycling heute erst zur Hälfte ausgeschöpft. Eigentlich peile diese bis 2025 an, die volle Kapazität auszuschöpfen. Technisch sei das zwar möglich, allerdings falle aktuell gar nicht so viel Abfall im Kanton an. «Lediglich das Zukaufen von weiterem Abfall aus dem In- und Ausland würde ein Ausschöpfen der Kapazität möglich machen», gibt sie zu bedenken. Dabei gehe es doch darum, möglichst die Schlackenmenge zu reduzieren.

Am Trychler-Marsch: Juso sammelt 25 000 Franken

Seegräben Mit einer Spendenaktion protestierte die Juso Zürcher Oberland am Dienstag gegen die Kundgebung der Freiheitstrychler. Der gesammelte Betrag ist für Flüchtlingshilfswerke.

Am Dienstagnachmittag hatten sich in Seegräben Freiheitstrychler und Rechtsextreme zu einer Kundgebung versammelt. Sie wollten mit einer Mahnwache und einem Marsch André Steiner unterstützen, dessen Wohnungskündigung durch die Gemeinde Schweizweit für Schlagzeilen sorgte. Die Gemeinde wollte in der Wohnung Asylsuchende unterbringen. Wie sich jedoch herausstellen sollte, hatte sie die Aufnahmequote bereits erfüllt. Trotzdem will sie die Kündigung nicht zurücknehmen (wir berichteten).

Als Reaktion auf die angekündigte Kundgebung lancierte die Juso Zürcher Oberland eine Spendenaktion, bei der die Freiheitstrychler unfreiwillig zum Spendenlauf gezwungen wurden. Dabei kamen insgesamt über 25 000 Franken zusammen, wie die Juso nun in einer Mitteilung schreibt. Der Betrag soll Organisationen wie der Schweizerischen Flüchtlingshilfe oder Sea-Watch zugutekommen.

Solidarität mit Geflüchteten

Die Spendenden konnten angeben, wie viel Geld sie pro Meter beitragen wollten, den der Demonstrationzug zurücklegt. Die Kundgebungsrouten führte vom Gemeindehaus zum Wohnhaus

von André Steiner und wieder zurück. Dabei legten die Teilnehmenden insgesamt 1235 Meter zurück, wie die Juso Zürcher Oberland schreibt.

«Mit dieser Aktion haben wir gezeigt, dass wir uns nicht spalten lassen.»

Dario Vareni
Co-Präsident der Juso Zürcher Oberland

Gemäss Dario Vareni, Co-Präsident der Juso Zürcher Oberland, sollte die Spendenaktion die Solidarität mit Geflüchteten zum Ausdruck bringen. «Mit dieser Aktion haben wir gezeigt, dass wir uns nicht spalten lassen», sagt er in einem Statement. Gleichzeitig zeigt sich Vareni trotz der erfolgreichen Spendenaktion besorgt über die Ereignisse in Seegräben.

Lennart Langer

Zu wenig Anmeldungen für eine Tagesschule

Wetzikon Ab diesem Sommer hätte der Betrieb einer Tagesschule an der Schule Guldiloo versuchsweise eingeführt werden sollen. Das Interesse am neuen Angebot war jedoch zu gering.

Im Sommer 2022 genehmigte das Parlament Wetzikon einen Kredit von rund einer Million Franken für die Durchführung des vierjährigen Pilotprojekts «Tagesschule Guldiloo». Eine der Kreditvorgaben verlangte rund neun Anmeldungen für eine erste Kindergartenklasse und rund zwanzig Anmeldungen für eine erste Unterstufenklasse. Diese Quoten wurden jedoch nicht erreicht, wie die Stadt Wetzikon in einer Medienmitteilung schreibt.

Zwei Wochen nach Anmeldeabschluss lagen der Schule Wetzikon neunzehn Anmeldungen für den ersten Kindergarten und nur neun für die erste Klasse vor. Dies reicht nicht aus, um das geplante Pilotprojekt auf das Schuljahr 2023/2024 umsetzen zu können.

Schulpflege will Gründen nachgehen

Nach der Ankündigung des Projekts habe die Schule Wetzikon zunächst ausschliesslich positive Rückmeldungen erhalten. Auch eine Bedarfserhebung bei allen betroffenen Eltern im Herbst 2021 stimmte die Verantwortlichen optimistisch, dass bis Ende Januar 2023 genügend Anmeldungen vorliegen würden.

Nun habe sich aber gezeigt, dass das Interesse am heute vorliegenden Modell für eine Tagesschule in Wetzikon doch nicht so gross ist wie angenommen, wie die Stadt weiter schreibt. Daher sah sich die Schulpflege gezwungen, auf die Umsetzung des geplanten Pilotbetriebs an der Schule Guldiloo vorerst zu verzichten.

Neues Schulkonzept wird eingeführt

Die Schulpflege bedauere die aktuelle Situation. Sie schliesst jedoch nicht aus, dass eine Tagesschule in Wetzikon zu einem späteren Zeitpunkt wieder zum Thema werden könnte. Zuvor möchte sie jedoch mittels einer Befragung den Gründen für das geringe Interesse nachgehen.

Dem Bedürfnis der Eltern nach einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll dennoch Rechnung getragen werden. Das neue Konzept «Lebensraum Schule» werde deshalb trotzdem auf den Sommer 2023 planmässig umgesetzt. Es soll unter anderem durch pädagogische Rahmenbedingungen eine enge Zusammenarbeit zwischen den Lehr- und Betreuungspersonen fördern. (el)